

Bern - Wissenschaftsgremium fordert Verbot von Fleisch-Aktionen

Datum: 02.02.2023 10:02

Typ: Basisdienst D

SPERRFRIST 11:00

Eine CO₂-Abgabe auf Lebensmittel und ein Verbot von Fleisch-Aktionen: Für die Erhaltung der Ernährungssicherheit der Schweiz braucht es laut einem Gremium aus über 40 Wissenschaftlern aus renommierten Schweizer Institutionen tiefgreifende Massnahmen.

An einem nationalen Ernährungssystemgipfel in Bern am Donnerstag stellte das Gremium einen Leitfaden mit entsprechenden Massnahmen vor. In einer ersten Phase empfiehlt es bis 2025 den Aufbau eines Transformationsfonds, durch den Informationsmassnahmen finanziert werden.

Konkret könnten dies beispielsweise Aus- und Weiterbildungsprogramme für relevante Berufe der gesamten Wertschöpfungskette, aber auch Förderprogramme für Junglandwirtinnen und -landwirte zur Betriebsumstellung sein. Weiter sollen damit technologische Innovationen finanziert werden.

In einer zweiten Phase müssten gemäss Leitfaden ab 2025 zunehmend regulatorische Massnahmen und Lenkungsabgaben zum Tragen kommen. Dazu gehören erhöhte Zölle für tierische Produkte sowie die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Lebensmittel.

Phase drei konzentriert sich auf die Agrarpolitik und die Unterstützung für den ländlichen Raum. Denkbar ist laut dem Wissenschaftsgremium eine Anpassung bei den Direktzahlungen sowie Steuererleichterungen für Landwirtinnen und Landwirte.

Für die vierte Phase ab 2030 schlagen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine schrittweise Einführung tiefgreifender regulatorischer Massnahmen vor. Dazu gehört ein Verbot von Niedrigpreis-Promotionen für Produkte wie Fleisch, Milch und Eier.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Solche Massnahmen seien dringend notwendig, schrieben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Leitfaden. Die Ernährungssicherheit der Schweiz sei durch Kriege, Pandemien, Klimawandel und das Schwinden der Biodiversität bedroht.

Als international vernetztes Land sei die Schweiz sowohl für die Versorgungssicherheit als auch als Wirtschaftsstandort auf weltweit funktionierende Ökosysteme angewiesen.

Die Transformation des Ernährungssystems sei eine gesamt- gesellschaftliche Aufgabe. Nebst Akteuren wie der Industrie und der Landwirtschaft sowie den Konsumentinnen und Konsumenten müsse der Staat eine Schlüsselrolle in der strategischen Neuausrichtung der Schweizer Ernährungssystempolitik wahrnehmen.

Das Projekt wurde von den Bundesämtern für Landwirtschaft (BLW), für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), sowie für Umwelt (Bafu) finanziell unterstützt. Die Trägerorganisationen von Ernährungszukunft Schweiz sind die Stiftung Biovision, das Sustainable Development Solution Network (SDSN) und "Landwirtschaft mit Zukunft".